



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen



Kooperationsprojekt - Digitalisierung Drucksachen der Bremischen Bürgerschaft

Drucksache / Bremische Bürgerschaft, Landtag 14. Wahlperiode, 1995-1996

11.12.1998 - Drucksache 14/1285

Staats-und Universitätsbibliothek Bremen - Digitale Sammlungen

Bericht und Antrag des Haushalts- und Finanzausschusses (Land)**Haushaltsgesetz und Haushaltsplan der Freien Hansestadt Bremen für das Jahr 1999 (Drs. 14/1132)****Gesetz zur Änderung der Landeshaushaltsordnung und des Gesetzes über Finanzausweisungen an die Stadtgemeinden Bremen und Bremerhaven (Drs. 14/1134)****Finanzplan 1998 bis 2002 der Freien Hansestadt Bremen (Drs. 14/1139)****I. Bericht**

Der Senat hat am 8. Oktober 1998 den Entwurf des Haushaltsgesetzes und des Haushaltsplanes für das Haushaltsjahr 1999 (Drs. 14/1132) sowie das Gesetz zur Änderung der Landeshaushaltsordnung und des Gesetzes über Finanzausweisungen an die Stadtgemeinden Bremen und Bremerhaven (Drs. 14/1134) in die Bürgerschaft (Landtag) eingebracht. Zugleich wurde der Finanzplan 1998 bis 2002 der Freien Hansestadt Bremen (Drucksache 14/1139) der Bürgerschaft (Landtag) mit der Bitte um Kenntnisnahme vorgelegt.

Die Bürgerschaft (Landtag) beschloß die Vorlagen Drs. 14/1132 und 14/1134 in erster Lesung am 22. Oktober 1998 und überwies sie zusammen mit dem Finanzplan an den Haushalts- und Finanzausschuß (Land). Hinsichtlich des Haushaltsgesetzes und des Haushaltsplanes (Drs. 14/1132) übertrug sie dem Haushalts- und Finanzausschuß (Land) die Federführung und überwies die Vorlagen ferner zur Mitberatung an den Datenschutzausschuß, an die Ausschüsse „Förderung der Gleichberechtigung der Frau im Lande Bremen“, „Bundes- und Europaangelegenheiten“, „Ausländerangelegenheiten“, Angelegenheiten der Häfen im Lande Bremen sowie an den Rechtsausschuß.

Zur Vorbereitung der Beratungen im Haushalts- und Finanzausschuß (Land) haben die von ihm für die jeweiligen Senatsbereiche benannten Berichterstatter mit den entsprechenden Parlamentsausschüssen bzw. deren Vorsitzenden sowie den Sprechern der Fachdeputationen und darüber hinaus mit den Fachressorts, der Finanzverwaltung sowie der Senatskommission für das Personalwesen Gespräche geführt.

Die Beratungsergebnisse der Parlamentsausschüsse sind in die Berichterstatterberichte eingeflossen. Die Berichterstatterberichte zu den Einzelplänen waren maßgebliche Grundlage für die Beratungen im Haushalts- und Finanzausschuß (Land).

Der Haushalts- und Finanzausschuß (Land) hat am 1. Dezember 1998 die Beratungen zum Entwurf des Haushaltsplanes 1999 aufgenommen und am 10. Dezember 1998 abgeschlossen.

Der Haushalts- und Finanzausschuß (Land) hat den von der Bürgerschaft (Landtag) an ihn überwiesenen Finanzplan 1998 bis 2002 der Freien Hansestadt Bremen zur Kenntnis genommen.

Der Haushalts- und Finanzausschuß hat ferner im Rahmen seiner Haushaltsberatungen beschlossen, daß der bremische öffentliche Dienst einen nennenswerten Beitrag zur Reduzierung der Ausbildungsnot der Jugendlichen leisten möge. Er empfiehlt der Bürgerschaft (Landtag), dem Antrag auf Schaffung zusätzlicher Ausbildungsplätze ohne Übernahmeverpflichtung zuzustimmen.

II. Berichte der beteiligten Parlamentsausschüsse an den Haushalts- und Finanzausschuß (Land)

1. Datenschutzausschuß

Der Datenschutzausschuß hat sich — nach Beratung des Haushaltes des Landesbeauftragten für den Datenschutz — einstimmig dafür ausgesprochen, den Haushaltstitel 52503-00 Fortbildung von Bediensteten von 11.000 DM um 11.000 DM auf 22.000 DM zu erhöhen.

Der Haushalts- und Finanzausschuß (Land) hat den Bericht zur Kenntnis genommen. Dem Antrag des Datenschutzausschusses auf Erhöhung der Fortbildungsmittel soll insoweit entsprochen werden, als dieser Betrag im Vollzug des Haushaltes unter Heranziehung der Budgetrücklage „Landesbeauftragter für den Datenschutz“ bereitzustellen ist.

2. Ausschuß „Förderung der Gleichberechtigung der Frau im Lande Bremen“

Bericht zum Haushalt 1999 der Bremischen Zentralstelle für die Verwirklichung der Gleichberechtigung der Frau im Lande Bremen („ZGF“ — Einzelplan 00, Kapitel 0045) und des Senators für Jugend und Soziales (Einzelplan 34, Kapitel 3411 und 3431).

Der Parlamentsausschuß „Förderung der Gleichberechtigung der Frau im Lande Bremen“ hat den Haushaltsentwurf 1999 in seiner Sitzung vom 11. November 1998 beraten. Der Ausschuß unterstützt die Bitte der ZGF, sie künftig sowohl von der Spar- als auch von der PEP-Quote auszunehmen. Der Ausschuß ist der Auffassung, daß in einem Haushalt von derartig geringem Umfange wie bei der Zentralstelle die Sparquoten nicht erwirtschaftet werden können. Der Ausschuß verweist auf die Erfüllung des gesetzlichen Auftrages der Zentralstelle und die Gefährdung ihrer gesetzlich normierten Unabhängigkeit. Hinsichtlich der Frauenprojekte, soweit sie sich im Einzelplan 34 in den Kapiteln 3411 und 3431 in den Zuwendungshaushaltstellen 684 befinden, bittet der Ausschuß, die Anschläge für 1999 nicht zu kürzen, da der Bestand bereits das Existenzminimum der Projekte darstelle.

Der Haushalts- und Finanzausschuß (Land) hat den Bericht zur Kenntnis genommen. Er geht nach Erörterung mit dem Fachressort davon aus, daß eine ressortinterne Regelung erfolgen wird.

3. Ausschuß „Bundes- und Europaangelegenheiten“

Bericht des Ausschusses zum Haushalt 1999 des Bevollmächtigten der Freien Hansestadt Bremen beim Bund (Einzelplan 00, Kapitel 0028) und des Senators für Wirtschaft, Mittelstand, Technologie und Europaangelegenheiten (Einzelplan 07, Kapitel 0701).

Der Ausschuß hat den Haushaltsentwurf 1999 in seiner Sitzung vom 24. November 1998 beraten und stimmt ihm mehrheitlich zu.

Der Haushalts- und Finanzausschuß (Land) hat den Bericht zur Kenntnis genommen.

4. Ausschuß „Ausländerangelegenheiten“

Der Ausschuß hat sich in seiner Sitzung am 20. November 1998 mit den Kapiteln des Landeshaushaltes 0451 „Allgemeine Bewilligungen für Ausländerintegration“ und 0454 „Ausländerbeauftragter des Landes Bremen“ befaßt. Dabei ist dem Ausschuß bekannt geworden, daß in den vergangenen Jahren jeweils ein Betrag in Höhe von 34.000 DM aus dem Kapitel 0451 von der Ausländerbeauftragten des Landes Bremen verausgabt worden ist. Im einzelnen handelt es sich um folgende Haushaltstitel:

531 01 - 8 246	Kosten für Veröffentlichungen	11.000 DM
531 10 - 7 246	Öffentlichkeitsarbeit	5.000 DM
531 11 - 5 246	Kosten für Veranstaltungen	7.000 DM
531 21 - 2 246	Interkulturelle Maßnahmen zur Bekämpfung von Fremdenfeindlichkeit (von 64.000,00 DM)	11.000 DM
	insgesamt	34.000 DM

Der Ausschuß „Ausländerangelegenheiten“ bittet darum, aus Gründen der Haushaltsklarheit und -wahrheit eine Verlegung dieser Haushaltsanschlüsse in den Haushalt des Ausländerbeauftragten vorzunehmen.

Der Haushalts- und Finanzausschuß (Land) hat den Bericht zur Kenntnis genommen und den Änderungsanträgen zugestimmt (vgl. Beschlußempfehlungen in der Anlage zu III. 1.).

5. Ausschuß Angelegenheiten der Häfen im Lande Bremen

Der Ausschuß hat sich in seiner Sitzung am 25. November 1998 mit den an ihn überwiesenen Haushalten befaßt und den nachfolgenden Beschluß gefaßt:

„Der Ausschuß für Angelegenheiten der Häfen im Lande Bremen (Hafenausschuß) empfiehlt dem Haushalts- und Finanzausschuß die Übernahme der vorgelegten Haushalte und bittet, die nachstehenden Beschlüsse zu übernehmen:

1) Die Verpflichtungsermächtigung für die neuen Maßnahmen

CT III a	454,031 Mio. DM
Schleuse Oslebshausen	54,524 Mio. DM
Baggergut Bremerhaven	108,440 Mio. DM

2) Die Haushaltsvermerke bei

— Bremische Hafenvertretung	(Hst. 0800-685 22-2)
— Faserinstitut	(Hst. 0856-683 20-6)
— BBI	(Hst. 0856-685 30-6)

sollen mit der Verpflichtung ergänzt werden, da die Wirtschaftspläne dem Ausschuß für Angelegenheiten der Häfen im Lande Bremen (Hafenausschuß) vorgelegt werden. Dies gilt zukünftig auch für die Bremische Hafengesellschaft.

3) Der Ausschuß für Angelegenheiten der Häfen im Lande Bremen (Hafenausschuß) weist darauf hin, daß die Haushaltsstellen und Aufgaben, die auf die Hafengesellschaft übertragen werden sollen, noch dargestellt werden müssen.

4) Die Zusammenführung der Kapitel 3850 (Hafenamt) und 3852 (HBA) ist im Zusammenhang mit der Einführung des Produktgruppenhaushaltes 2000 vorzunehmen.“

Der Gesamtbeschluß des Ausschusses wurde gegen die Stimmen der Vertreter der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN und der AFB gefaßt. Der Vertreter der Fraktion der AFB hat sich beim Einzelbeschluß zu Ziffer 1 der Stimme enthalten.

Der Haushalts- und Finanzausschuß (Land) hat den Bericht zur Kenntnis genommen. Er hat den Änderungsanträgen des Ausschusses für Angelegenheiten der Häfen im Lande Bremen (Hafenausschuß) nicht zugestimmt. Die Anträge zu CT III, Schleuse Oslebshausen und Baggergut Bremen sind Teil des Gesamtbeschlusses über die Haushalte des Häfenressorts. Wegen der Vorlage der Wirtschaftspläne für die Bremische Hafenvertretung, das Faserinstitut sowie BBI an den Hafenausschuß hat der Haushalts- und Finanzausschuß (Land) festgestellt, daß dieses Problem im Innenverhältnis zwischen Hafenausschuß und Fachressort zu regeln sei.

6. Rechtsausschuß

Der Rechtsausschuß hat am 13. November 1998 zum Haushaltsentwurf 1999 für das Ressort Justiz und Verfassung folgenden Beschluß gefaßt:

1) Der Rechtsausschuß empfiehlt dem staatlichen Haushalts- und Finanzausschuß, die Eckwerte des Einzelplanes 01 Justiz und Verfassung gemäß Anlage bei den Gerichtsgebühren und Geldstrafen um 4,9 Mio. DM zu verringern und bei den Auslagen in Rechtssachen um 8,8 Mio. DM zu erhöhen.

2) Der Rechtsausschuß empfiehlt dem staatlichen Haushalts- und Finanzausschuß, zur Umsetzung der Insolvenzrechtsreform die in der Senatsvorlage (455/98) beschriebenen Mehrausgaben für Auslagen in Rechtssachen (85.000 DM), öffentliche Rechtsberatung (100.000 DM), Technikeinsatz (155.200 DM) und Personal (613.700 DM) in den Haushalt 1999 gemäß Anlage einzustellen.

Des weiteren empfiehlt der Rechtsausschuß für den Personalmehrbedarf im Rahmen der Umsetzung der Insolvenzrechtsreform die zu erbringenden Personaleinsparquoten (PEP) um zwölf Stellen von bisher 37,85 auf 25,85 Stellen zu reduzieren.

Der Haushalts- und Finanzausschuß (Land) hat den Bericht zur Kenntnis genommen und den Änderungsanträgen zugestimmt (vgl. Beschlußempfehlungen in der Anlage zu III. 1.).

III. Beschlußempfehlungen des Haushalts- und Finanzausschusses (Land) zu

- 1. den Änderungsanträgen der Fraktionen der SPD, der CDU, Bündnis 90/DIE GRÜNEN und der AFB zum Haushaltsgesetz und Haushaltsplan der Freien Hansestadt Bremen für das Jahr 1999 (Drs. 14/1132)**
- 2. dem Haushaltsgesetz und Haushaltsplan der Freien Hansestadt Bremen für das Jahr 1999 (Drs. 14/1132)**
- 3. dem Gesetz zur Änderung der Landeshaushaltsordnung und des Gesetzes über Finanzausweisungen an die Stadtgemeinden Bremen und Bremerhaven (Drs. 14/1134)**

1. Änderungsanträge der Fraktionen

Der Haushalts- und Finanzausschuß (Land) empfiehlt der Bürgerschaft (Landtag), die Änderungsanträge der Fraktionen zum Haushaltsgesetz und Haushaltsplan der Freien Hansestadt Bremen für das Jahr 1999 gemäß seinen Beschlußempfehlungen (Übersicht in der Anlage zu III. 1.) zu behandeln und entsprechend zu beschließen.

2. Haushaltsgesetz und Haushaltsplan der Freien Hansestadt Bremen für das Jahr 1999 (Drs. 14/1132)

Der Haushalts- und Finanzausschuß (Land) empfiehlt der Bürgerschaft (Landtag) bei Zustimmung der Fraktionsvertreter von SPD und CDU und Ablehnung der Fraktionsvertreter von Bündnis 90/ DIE GRÜNEN und AFB, dem Haushaltsgesetz und dem Haushaltsplan der Freien Hansestadt Bremen für das Jahr 1999 zuzustimmen.

3. Gesetz zur Änderung der Landeshaushaltsordnung und des Gesetzes über Finanzausweisungen an die Stadtgemeinden Bremen und Bremerhaven (Drs. 14/1134)

Der Haushalts- und Finanzausschuß (Land) empfiehlt der Bürgerschaft (Landtag) einstimmig, dem Gesetz zur Änderung der Landeshaushaltsordnung und des Gesetzes über Finanzausweisungen an die Stadtgemeinden Bremen und Bremerhaven zuzustimmen.

4. Der Haushalts- und Finanzausschuß empfiehlt der Bürgerschaft (Landtag) einstimmig, dem Antrag auf Schaffung zusätzlicher Ausbildungsplätze ohne Übernahmeverpflichtung zuzustimmen.

Mützelburg
Vorsitzender

Anlage zu III. 1.

Beschlußempfehlungen des Haushalts- und Finanzausschusses (Land) zu den Änderungsanträgen der Fraktionen von SPD, CDU, Bündnis 90/DIE GRÜNEN und AFB

Anlage zu III. 1.

Bericht und Beschlussempfehlungen des Haushalts- und Finanzausschusses (Land) zu den Änderungsanträgen der Fraktionen

1. Änderungsanträge der Fraktionen der SPD und CDU

Drs.	Kapitel Titel	„Stichwort zur Änderung“	Abstimmungsergebnis im HAFA (Land)				Beschluß- empfehlung HAFA (Land)
			SPD	CDU	B'90/ GRÜNE	AFB	
14/1241	0010 684 52-8 Bremische Bürgerschaft	Mittel für Fraktionen - Haushaltsvermerk	ja	ja	ja	ja	Zustimmung
14/1242	0011 517 06-4 Rechnungshof der Freien Hansestadt Bremen 517 91-9 517 93-5 517 94-3 517 96-0 518 01-0 (neu) 518 04-4	Reduzierung der Anschläge: Versicherungen und Abgaben für Grundstücke um DM 3.330 Gas um DM 11.000 Strom um DM 10.500 Wasser um DM 2.500 Fremdleistungen um DM 12.000 Neuer Anschlag wg. Anmietung um DM 409.940 Reduzierung des Anschlages kalkulatorische Mieten um DM 192.360	ja	ja	ja	ja	Zustimmung

14/ 243	0031 974 99-2 Allg. Bewilligungen (Inneres)	Reduzierung des Anschlages um DM 4,7 Mio. auf DM 0	ja	nein	ja	Zustimmung
zu 14/1243	0030 532 80-5 Inneres	Reduzierung des Anschlages Entgelte für TUI-Dienst- leistungen um DM 10.000	ja	nein	ja	Zustimmung
zu 14/1243	0030 700 01-5 Inneres - kleine Um- und Erweiterungsbauten etc.	Reduzierung des Anschlages um DM 100.000	ja	nein	ja	Zustimmung
zu 14/1243	0031 985 20-0 Inneres - Personalausgaben	Reduzierung des Anschlages Personalausgaben der Polizei um DM 3,05 Mio.	ja	nein	ja	Zustimmung
zu 14/1243	0032 531 39-3 Inneres - Verfassungsschutz	Reduzierung des Anschlages allgemeine Ausgaben um DM 28.000	ja	nein	ja	Zustimmung
zu 14/1243	0032 812 13-9 Inneres - Verfassungsschutz	Reduzierung des Anschlages investive Ausgaben um DM 10.000	ja	nein	ja	Zustimmung
zu 14/1234	0033 514 03-4 Inneres	Reduzierung des Anschlages sonstige Kosten für Dienstfahrzeuge um DM 80.000	ja	nein	ja	Zustimmung
zu 14/1234	0035 515 03-1 515 01-1 517 90-1 517 96-0 531 40-8 700 01-3 Inneres	Reduzierung der Anschläge Sonst. Kosten f. Dienst-KFZ Maschinen, Geräte etc Heizöl Fremdleistungen Kosten Alarmbereitschaften Kl. Um-/Erweiterungsbauten um insg. DM 360.000	ja	nein	ja	Zustimmung

zu 14/1243	0036 532 45-9 532 80-7 Inneres - Statistisches Landesamt	Reduzierung der Anschläge um DM 100.000 (statistische Aufgaben), um DM 875.000 (TUI-Dienst- leistungen)	ja	ja	nein	ja	Zustimmung
zu 14/1243	0038 524 01-1 Inneres	Reduzierung des Anschlages Lehrmittel um DM 7.000	ja	ja	nein	ja	Zustimmung
14/1244	0036 532 53-0 985 15-1 Statistisches Landesamt	Anhebung der Anschläge für Bürgerschafts- und Beirätewahl (Bremen und Bremerhaven) 1999 um DM insgesamt DM 1 Mio.	ja	ja	nein	ja	Zustimmung
14/1245	0101 681 11-4 Allgemeine Bewilligungen	Erhöhung des Anschlages für öffentliche Rechtsberatung um DM 100.000	ja	ja	nein	nein	Zustimmung
14/ 1246	0110 112 02-5 Generalstaatsanwaltschaft	Reduzierung des Anschlages Gerichtsgebühren und Geldstrafen um DM 70	ja	ja	nein	nein	Zustimmung
14/ 1247	0110 532 25-3 Generalstaatsanwaltschaft	Erhöhung des Anschlages für sonstige Auslagen in Rechtssachen um DM 35.750	ja	ja	nein	nein	Zustimmung
14/ 1248	0111 112 02-9 Staatsanwaltschaft Bremen	Reduzierung des Anschlages Gerichtsgebühren und Geldstrafen um DM 641.280	ja	ja	nein	nein	Zustimmung
14/ 1249	0111 532 21-4 Staatsanwaltschaft Bremen	Erhöhung des Anschlages Entschädigung für Sach- verständige um DM 690.110	ja	ja	nein	nein	Zustimmung

¹ Änderungsanträge zu den Kap. 0101 bis 0181 entsprechen den Änderungsanträgen des Rechtsausschusses

14/ 1250	0130 112 02-1 Hans. Oberlandesgericht	Reduzierung des Anschlages Gerichtsgebühren und Geldstrafen um DM 13.800	ja		ja	nein	nein	Zustimmung
14/ 1251	0130 532 21-7 Hans. Oberlandesgericht	Erhöhung des Anschlages Entschädigung für Sach- verständige um 46.300	ja		ja	nein	nein	Zustimmung
14/ 1252	0131 112 02-5 Landgericht Bremen	Reduzierung des Anschlages Gerichtsgebühren und Geldstrafen um DM 999.840	ja		ja	nein	nein	Zustimmung
14/1253	0131 532 21-0 Landgericht Bremen	Erhöhung des Anschlages Entschädigung für Sach- verständige um DM 1.332.980	ja		ja	nein	nein	Zustimmung
14/1254	0132 112 02-9 Amtsgericht Bremen	Reduzierung des Anschlages Gerichtsgebühren und Geldstrafen um DM 2.275.880	ja		ja	nein	nein	Zustimmung
14/1255	0132 422 02-8 Amtsgericht Bremen	Erhöhung des Anschlages für Bezüge der Beamten zur Anstellung DM 481.840	ja		ja	nein	nein	Zustimmung
14/1256	0132 532 22-2 Amtsgericht Bremen	Erhöhung des Anschlages Gebühren und Auslagen für Rechtsanwälte wg. Prozeß- kostenhilfe um DM 3.957.380	ja		ja	nein	nein	Zustimmung
14/ 1257	0132 812 05-5 Amtsgericht Bremen	Erhöhung des Anschlages für Erwerb von ADV-Geräten um DM 155.200	ja		ja	nein	nein	Zustimmung
14/ 1258	0133 112 02-2 Amtsgericht Bremerhaven	Reduzierung des Anschlages Gerichtsgebühren und Geldstrafen um DM 519.450	ja		ja	nein	nein	Zustimmung
14/ 1259	0133 422 02-1 Amtsgericht Bremerhaven	Erhöhung des Anschlages für Bezüge der Beamten zur Anstellung um DM 131.860	ja		ja	nein	nein	Zustimmung

14/ 1260	0133 532 22-6 Amtsgericht Bremerhaven	Erhöhung des Anschlages Gebühren und Auslagen für Rechtsanwälte wg. Prozeß- kostenhilfe um DM 1.660.490	ja	ja	nein	nein	Zustimmung
14/ 1261	0134 112 02-6 Amtsgericht HB-Blumenthal	Reduzierung des Anschlages Gerichtsgebühren und Geldstrafen um DM 399.940	ja	ja	nein	nein	Zustimmung
14/1262	0134 532 22-0 Amtsgericht HB-Blumenthal	Erhöhung des Anschlages Gebühren und Auslagen für Rechtsanwälte wg. Prozeß- kostenhilfe um DM 660.010	ja	ja	nein	nein	Zustimmung
14/ 1263	0160 112 02-6 Finanzgericht	Reduzierung des Anschlages Gerichtsgebühren und Geldstrafen um DM 9.240	ja	ja	nein	nein	Zustimmung
14/ 1264	0160 532 21-1 Finanzgericht	Erhöhung des Anschlages Entschädigung für Sachverständige um DM 1.300	ja	ja	nein	nein	Zustimmung
14/1265	0170 112 02-4 Landessozialgericht	Reduzierung des Anschlages Gerichtsgebühren und Geldstrafen um DM 3.730	ja	ja	nein	nein	Zustimmung
14/ 1266	0170 532 21-0 Landessozialgericht	Erhöhung des Anschlages Entschädigung für Sach- verständige um DM 92.580	ja	ja	nein	nein	Zustimmung
14/1267	0171 112 02-8 Sozialgericht	Reduzierung des Anschlages Gerichtsgebühren und Geldstrafen um DM 12.420	ja	ja	nein	nein	Zustimmung
14/ 1268	0171 532 21-3 Sozialgericht	Erhöhung des Anschlages Entschädigung für Sach- verständige um DM 314.880	ja	ja	nein	nein	Zustimmung
14/ 1269	0180 112 02-2 Oberverwaltungsgericht	Reduzierung des Anschlages Gerichtsgebühren und Geldstrafen um DM 5.040	ja	ja	nein	nein	Zustimmung

14/ 1270	0180 532 21-8 Oberverwaltungsgericht	Erhöhung des Anschlages Entschädigung für Sachverständige um DM 9.190	ja	ja	nein	nein	Zustimmung
14/ 1271	0181 112 02-6 Verwaltungsgericht	Reduzierung des Anschlages Gerichtsgebühren und Geldstrafen um DM 19.310	ja	ja	nein	nein	Zustimmung
14/ 1272	0181 532 22-0 Verwaltungsgericht	Erhöhung des Anschlages Gebühren und Auslagen für Rechtsanwälte wg. Prozeß- kostenhilfe um DM 84.030	ja	ja	nein	nein	Zustimmung
14/1273	0201 984 20 Allgemeine Bewilligungen für Bildung	Erhöhung des Anschlages um DM 1.710.000 auf DM 583.721.280 an Hst. 3239/ 384 20-9, Kostenerstattung für Personalausgaben der Lehr- kräfte	ja	ja	Enthaltung	ja	Zustimmung
14/1274	0201 985 29-0 Allgemeine Bewilligungen für Bildung	Erhöhung des Anschlages um DM 665.000 Mio. - Vorziehen des Einstellungskorridors für die Stadt Bremerhaven	ja	ja	Enthaltung	ja	Zustimmung

14/ 1275	0401 973 99-0 (neu) Allg. Bewilligungen Soziales	Anschlag über DM 280.000 - Globale Mehrausgaben für Schuldnberatung aufgrund der Insolvenzrechtsreform	ja	ja	ja	ja	Zustimmung
14/ 1276	0451 ² 531 01-8 Allgemeine Bewilligungen für Ausländerintegration 531 10-7 531 11-5 531 21-2 0454 531 01-9 531 10-8 531 12-4 531 11-6	Reduzierung des Anschlages - Kosten für Veröffentlichungen um DM 11.000 <u>Reduzierung der Anschläge für:</u> <u>Öffentlichkeitsarbeit,</u> Kosten für Veranstaltungen, interkulturelle Maßnahmen zur Bekämpfung von Fremden- feindlichkeit; <u>Erhöhung der Anschläge für:</u> <u>Kosten für Veröffentlichungen,</u> <u>Informations-, Aufklärungs-,</u> <u>Öffentlichkeitsarbeit,</u> Kosten für Veranstaltungen, Maßnahmen gegen Diskriminierung	ja	ja	ja	ja	Zustimmung
14/1277	0912 124 12 Grundstücksamt	Reduzierung der Anschläge kalkulatorische Mieten für Grund- stücke und Gebäude (wg. Umzug Rechnungshof) um DM 192.360	ja	ja	ja	ja	Zustimmung
14/1278	0980 325 30-0 Allg. Kapitalvermögen, Schuldendienst, Rücklagen	Reduzierung des Anschlages um DM 18.308.900 auf DM 334.531.270 - Ausgleichs- antrag	ja	ja	nein	nein	Zustimmung

² Änderungsanträge zu Kapitel 0451 und 0454 entsprechen den Änderungsanträgen des Ausschusses "Ausländerangelegenheiten"

14/ 1279	0980 575 01 Allgemeines Kapitalvermögen, Schuldendienst, Rücklagen	Reduzierung der Anschläge für Zinsen an sonstigen Kreditmarkt um DM 394.610	ja	ja	nein	nein	Zustimmung
14/ 1280	0995 790 10-6 Allgemeines	Erhöhung des VE-Anschlages (Betrag ist für Umsetzung „Psychiatrie-Reform“ - DM 20 Mio. - vorgesehen.)	ja	ja	Enthaltung	Enthaltung	Zustimmung
14/ 1281	Anderung des Haushaltsgesetzes 1999	In § 1 Abs. 1 wird der Betrag DM 5.935.775.180 durch den Betrag DM 5.948.491.720 sowie der Betrag DM 1.634.112.500 durch DM 1.654.112.500 ersetzt. In § 10 Abs. 1 Nr. 1 wird der Betrag DM 1.447.159.830 durch den Betrag DM 1.465.468.730 ersetzt .	ja	ja	nein	nein	Zustimmung

14/ 1282	0703/891 60-8 0704/891 60-1 0704/891 80-6 0705/891 66-4 0709/891 70-7	Nachbewilligungen und Einsparungen - BIG: Technologieförderungen Investitionsförderprogramm Mittelstandsförderungen Ökologieförderungen (BIG) Invest.Förd.P -GRW - (BIG)	ja	ja	nein	ja	Zustimmung
	0706/891 60-9 0706/891 80-3 0706/891 90-0 0709/891 80-4						
		Nachbewilligungen und Einsparungen - BIS: Investitionsförderprogramm Wirtschaftsförd. Bremerhaven Wirtschaftsförderung Bremerhaven -GAK - Investitionsförderprogramme - GRW - Anschläge BIG und BIS - insg. DM 6.332.00					

zu 14/1282	0703 Wirtschaft 685 13-7 14-5 18-8 20-0 60-9 60-4 0704 685 11-4 685 12-2 891 40-7 0705 531 10-2 685 10-0 11-8 14-2 15-0 892 10-5 0706 891 22-6 892 21-4 685 40-5 0709 892 22-3 892 35-5 119 06-0	Reduzierung der Anschläge auf: DM 0 DM 0 DM 0 DM 0 DM 0 DM 270.000 DM 0 DM 50.000 DM 650.00 DM 0 DM 0 DM 0 DM 0 DM 0 DM 0 DM 4.350.000 DM 0 DM 0 DM 0 DM 0 DM 1.400.000 Kürzungssumme gesamt DM 6.332.000	ja	ja	nein	ja	Zustimmung
14/1283	Dringlichkeitsantrag	Haushaltsmäßige Umsetzung der Gründung der Gesellschaft für Bremer Immobilien mbH	ja	ja	ja	ja	Zustimmung

14/ 1284	Dringlichkeitsantrag	Beschluß zur Umstellung Investitionsförderung auf Kapitaldienstfinanzierung: Haushaltsvermerk: Kein Heran- ziehen der Mittel für Ein- sparungen und zum Nachweis veranschlagter Minerausgaben	ja	ja	nein	nein	Zustimmung
-------------	----------------------	---	----	----	------	------	------------

2. Änderungsanträge der Fraktion Bündnis 90/ DIE GRÜNEN

Drs.	Kapitel Titel	"Stichwort zur Änderung"	Abstimmungsergebnis HAFA (Land)				Beschluß- empfehlungen des HAFA (Land)
			SPD	CDU	B'90/ GRÜNE	AFB	
14/1226	0031 985 20-0 Allgemeine Bewilligungen Inneres	Reduzierung des Anschlages um DM 2,5 Mio. Kostenerstattung für Personalausgaben der Polizei	noch nicht beraten				
14/1227	0301 neu Allgemeine Bewilligung für Bildung	Anschlag DM 0,6 Mio. Lehr- und Lernmittel für Bremerhaven - Haushaltsvermerk: Anschlag nicht gegenseitig deckungsfähig	nein	nein	ja	ja	Ablehnung
14/1228	0301 neu Allgemeine Bewilligung für Bildung	Anschlag DM 12 Mio. - Umsetzung eines Konzeptes für verlässliche Grundschule in Kooperation mit Jugendhilfe	noch nicht beraten				
14/1229	0408 984 30-0 Sonstige Sozialleistungen	Erhöhung des Anschlages um DM 3 Mio. - Zuweisungen nach dem Landespflegegeldgesetz	Abg. Steinhöfel ja sonst nein	nein	ja	Enthaltung	Ablehnung
14/1230	0681 883 10-0 Allgemeine Bewilligungen	Erhöhung des Anschlages um DM 0,9 Mio. - Anteil Bremens am Fonds der Gemeinsamen Landesplanung Bremen/ Nds.	nein	nein	ja	nein	Ablehnung

14/1231	0830 531 10-4 Entwicklungszusammenarbeit	Erhöhung des Anschlages um DM 310.000 - Maßnahmen zur Förderung der Zusammenarbeit mit Entwicklungsländern	nein	nein	ja	Enthaltung	Ablehnung
14/1232	0830 531 10-6 Entwicklungszusammenarbeit	Erhöhung des Anschlages um DM 60.000 Aus- und Fortbildung von Fach- und Führungskräften der Entwicklungsländer	nein	nein	ja	Enthaltung	Ablehnung
14/1233	0830 531 12-2 Entwicklungszusammenarbeit	Erhöhung des Anschlages um DM 15.000 Maßnahmen zur Förderung der kulturellen Zusammenarbeit mit Namibia	nein	nein	ja	Enthaltung	Ablehnung
14/1234	0830 685 12-3 Entwicklungszusammenarbeit	Erhöhung des Anschlages um DM 90.000 - Zuschüsse an Nichtregierungsorganisationen	nein	nein	ja	Enthaltung	Ablehnung
14/1235	0856 685 11-0 Verbesserung Wirtschafts- struktur - Außenwirtschaft	Erhöhung des Anschlages um DM 50.000 - Förderung von außenwirtschaftsorientierten Seminaren und Symposien	nein	nein	ja	Enthaltung	Ablehnung
14/1236	0856 685 12-8 Verbesserung Wirtschafts- struktur - Außenwirtschaft	Erhöhung des Anschlages um DM 25.000 - Förderung von Ausbildungsvorhaben	nein	nein	ja	Enthaltung	Ablehnung
14/1237	0856 685 25-0 Verbesserung Wirtschafts- struktur - Außenwirtschaft	Erhöhung des Anschlages um DM 150.000 - Förderung von maritimen Aus- und Fortbildungsprojekten	nein	nein	ja	Enthaltung	Ablehnung
14/1238	0994 730 70-6 Investitionssonderprogramm	Streichung des Anschlages über DM 17,3 Mio. auf DM 0 - wohnstraßenfreie Verbindung Hemelingen	noch nicht beraten				

14/1239	0994 799 11-8 Investitionssonderprogramm	Reduzierung des Anschlages um DM 37,4 Mio. - Globale Mehrausgaben	<i>noch nicht beraten</i>
---------	--	---	---------------------------

3. Änderungsanträge der Fraktion der AFB

Drs.	Kapitel Titel	„Stichwort zur Änderung“	Abstimmungsergebnis im HAFA (Land)				Beschluß- empfehlung HAFA (Land)
			SPD	CDU	B'90/ GRÜNE	AFB	
14/1196	0021 422 01-0 Senatskommission für das Personalwesen	Reduzierung des Anschlages um DM 2.081.224 - Einsparung Personalkosten	nein Frau Uhl - Enthaltung	nein	ja	ja	Ablehnung
14/1197	2501 neu Universität	Anschlag über DM 21,6 Mio. - Einführung von Studiengebühren	nein	nein	nein	ja	Ablehnung
14/1198	2501 neu Universität	Anschlag über DM 14,4 Mio. - Internationalisierung v. Studien- gängen u. Erstaussstattung von Studiengängen	nein	nein	nein	ja	Ablehnung
14/1199	2501 neu Universität	Anschlag über DM 7,2 Mio. - Unterstützung sozial benachteiligter Studenten	nein	nein	nein	ja	Ablehnung
14/1200	2510 neu Hochschule Bremen	Anschlag über DM 7,8 Mio. - Einführung von Studiengebühren	nein	nein	nein	ja	Ablehnung
14/1201	2510 neu Hochschule Bremen	Anschlag über 5,2 Mio. - Internationalisierung v. Studien- gängen u. Erstaussstattung von Studiengängen	nein	nein	nein	ja	Ablehnung

14/1202	2510 neu Hochschule Bremen	Anschlag über DM 2,6 Mio. - Unterstützung sozial benachteiligter Studenten	nein	nein	nein	ja	Ablehnung
14/1203	2511 neu Hochschule für Künste	Anschlag über DM 0,84 Mio. - Einführung von Studiengebühren	nein	nein	nein	ja	Ablehnung
14/1204	2511 neu Hochschule für Künste	Anschlag über DM 0,56 Mio. - Internationalisierung v. Studien- gängen u. Erstaussstattung von Studiengängen	nein	nein	nein	ja	Ablehnung
14/1205	2511 neu Hochschule für Künste	Anschlag über DM 0,28 Mio. - Unterstützung sozial benachteiligter Studenten	nein	nein	nein	ja	Ablehnung
14/1206	2512 neu Hochschule Bremerhaven	Anschlag über DM 1,56 Mio. - Einführung von Studiengebühren	nein	nein	nein	ja	Ablehnung
14/1207	2512 neu Hochschule Bremerhaven	Anschlag über DM 1,04 Mio. - Internationalisierung v. Studien- gängen u. Erstaussstattung von - Studiengängen	nein	nein	nein	ja	Ablehnung
14/1208	2512 neu Hochschule Bremerhaven	Anschlag über DM 0,52 Mio. - Unterstützung sozial benachteiligter Studenten	nein	nein	nein	ja	Ablehnung
14/1209	0687 532 12-5 Oberste Landesstraßenbaubehörde	Haushaltsvermerk: DM 0,2 Mio. Planungsmittel für Hollerland- straße	nein	nein	nein	ja	Ablehnung
14/1210	0994 neu Investitionssonderprogramm	Anschlag über DM 3 Mio. - Planungsmittel Musicon	nein	nein	ja	ja	Ablehnung

14/1211	0994 neu Investitionssonderprogramm	Anschlag über DM 1 Mio. - Neugründung Institut für Gen- technologie in Bremerhaven	nein	nein	nein	ja	Ablehnung
14/1212	0994 790 62-5 Investitionssonderprogramm	Erhöhung des Anschlages um DM 4 Mio. - Erweiterung des Technologieparks an der Universität Bremen	nein	nein	nein	ja	Ablehnung
14/1213	0994 881 11-6 Investitionssonderprogramm	Erhöhung des Anschlages um DM 1,405 Mio. - Umbau Anschlußstelle Bremen- Burglesum	nein	nein	nein	ja	Ablehnung
14/1214	0994 799 11-8 Investitionssonderprogramm	Reduzierung des Anschlages um DM 9,405 Mio. - Globale Mehrausgaben	nein	nein	nein	ja	Ablehnung

